

Einführung in die Finanzwissenschaft

Kapitel 7: Öffentliche Entscheidungsfindung

Torben Klarl
Universität Augsburg

Sommersemester 2013

Inhalt

- 1 Private versus kollektive Entscheidungsfindung
- 2 Einstimmigkeit
- 3 Mehrheitswahl
 - Paarweise Abstimmung: Condorcet Paradoxon
 - Alternativen zur paarweisen Abstimmung
 - Logrolling (Kuhhandel)
 - Unmöglichkeitstheorem von Arrow
- 4 Representative Demokratie
 - Das Medianwähler-Modell
 - Der politische Prozess
- 5 Aufgaben

Das Problem öffentlichen Entscheidungsfindung

Im Gegensatz zum privaten Gut (die Personen fragen unterschiedliche Mengen zum gleichen Preis nach) wird die Bereitstellung des öffentlichen Gutes durch den *politischen Prozess* bestimmt (Personen haben unterschiedliche Zahlungsbereitschaften für eine bestimmte Menge des öffentlichen Gutes; Menge und Finanzierungsanteil werden politisch bestimmt)

Fragen:

- Gibt es eine Möglichkeit, die heterogenen Präferenzen der Wähler zu aggregieren, um eine effiziente Bereitstellung des öffentlichen Gutes zu gewährleisten?
- Gibt es ein Wahlverfahren, das zu einem eindeutigen Ergebnis führt?
- Wie beeinflussen die politischen Institutionen das Ergebnis der öffentlichen Entscheidungsfindung?

Typischer Weise gibt es unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung über die richtige Politik; z.B. mögen "Reiche" im Gegensatz zu den "Armen" geringere öffentliche Bildungsausgaben befürworten, da sie ihre Kinder auf private Schulen und Universitäten schicken

Ein **Wahlverfahren** ist eine Menge von Entscheidungsregeln, mit Hilfe derer eine Gruppe eine Entscheidung herbeizuführen versucht

Welches Wahlverfahren sollte in einer Demokratie implementiert werden?

→ Einstimmigkeit, Zwei-Drittel Mehrheit, einfache Mehrheit?

Einstimmigkeit: Lindahl-Preise

Frage: Welche Menge eines öffentlichen Gutes sollte vom Staat bereit gestellt werden, wenn man einstimmige Entscheidungen fordert?

Praktisches Beispiel:

- Ein Klärwerk fragt jeden Anwohner eines Sees, wieviel Potential eines Klärwerks er bei verschiedenen Preisen pro Einheit zu kaufen bereit wäre.
- Firma erhält alle individuellen Nachfragen aus dieser Befragung.
- Firma wählt das Potential des Klärwerks, so dass die Summe der Zahlungsbereitschaften gleich den Grenzkosten ist.

Einstimmigkeit: Lindahl-Preise

- Die Haushalte zahlen gemäß ihrer bekundeten Preise, den sogenannten *personalisierten Preisen* oder *Lindahl-Preisen*.
- Samuelson-Regel
- Beachte: Im Gleichgewicht zahlen die Anwohner i.d.R. unterschiedliche Preise

Einstimmigkeit: Lindahl-Preise

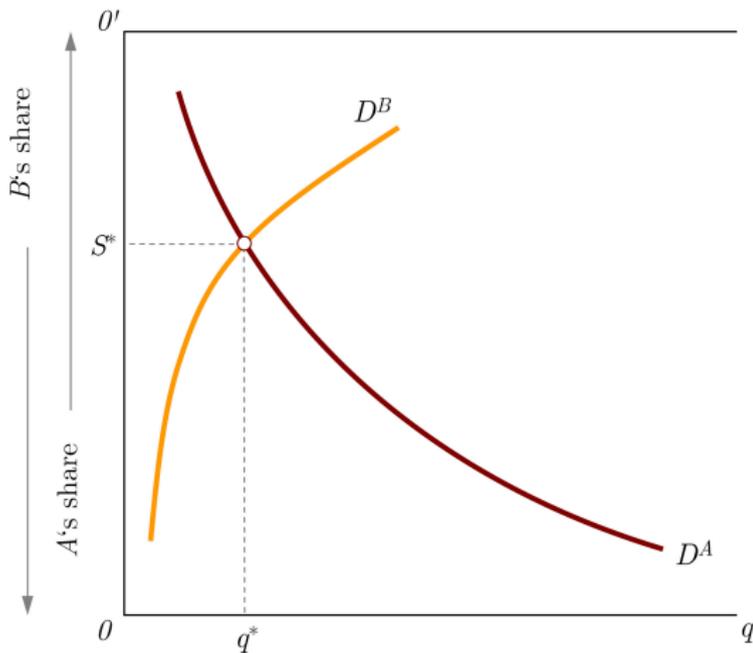
Betrachten Sie allgemein eine Situation, in der A und B sich entscheiden, wie viel sie zur Bereitstellung des öffentlichen Guts beitragen

- Annahme: A wird mitgeteilt, sein Anteil an der Finanzierung des öffentlichen Gutes betrage S^A (mit $S^A \geq 0$)
- Dieser Anteil entspricht dem Preis pro Einheit (personalisierten Preis), den A zahlen muss
- Bestimme die Nachfrage von A nach dem öffentlichen Gut bei diesem Preis
- Durch Variation des Preises lässt sich die Nachfragefunktion D^A von A ableiten

Einstimmigkeit: Lindahl-Preise

- Der Anteil, der nicht von A gezahlt wird, muss von B übernommen werden, $S^B = 1 - S^A$: Bestimme die Nachfragefunktion D^B von B (Nachfrage für verschiedene Finanzierungsanteile)
- Der **Lindahl-Preis** oder personalisierte Preis ist der Anteil, den der einzelne für das öffentliche Gut zahlen muss (Lindahl, 1919)
- Im *Lindahl-Gleichgewicht* stimmen A und B einstimmig über die Höhe q^* der Bereitstellung des öffentlichen Guts überein
- Um dieses Gleichgewicht zu erreichen, kann man sich einen Auktionär vorstellen, der ein Paar von Finanzierungsanteilen ankündigt: wenn die Zustimmung nicht einstimmig erfolgt, wird eine andere Finanzierungsaufteilung ausgerufen

Abb.1: Lindahl-Gleichgewicht



Eigenschaften und Praktikabilität der Einstimmigkeits-Regel

Die Lindahl-Lösung versucht die Art und Weise nachzumachen, wie auf einem Konkurrenzmarkt private Güter bereit gestellt werden

- Die Allokation ist Pareto effizient

Beweis: Sei $p_x = 1$. Dann folgt $S^B p_z / p_x = MRS_{zx}^B$, und $S^A p_z / p_x = MRS_{zx}^A$. Somit gilt: $MRS_{zx}^A + MRS_{zx}^B = (S^A + S^B) p_z = p_z$. Da $MRT_{zx} = p_z$, folgt $MRS_{zx}^A + MRS_{zx}^B = MRT_{zx}$ ■

→ Samuelson-Regel

Praktikabilität

- Der einzelne hat keinen Anreiz, ehrlich zu sein
- Hohe Transaktionskosten: Selbst wenn die Personen ehrlich sind, kann es sehr teuer werden, das Lindahl-Gleichgewicht zu ermitteln, insbesondere bei einer hohen Anzahl an Personen

Einfache Mehrheitsregel

Beispiel: Persons A , B und C müssen über die Höhe des öffentlichen Gutes abstimmen: X (groß), Y (mittel) und Z (klein)

Ihre Präferenzen lauten wie folgt:

Nutzen	Wähler		
	A	B	C
Hoch (H)	X	Z	Y
Mittel (M)	Y	Y	Z
Niedrig (L)	Z	X	X

Paarweise Abstimmung über die Höhe X , Y oder Z :

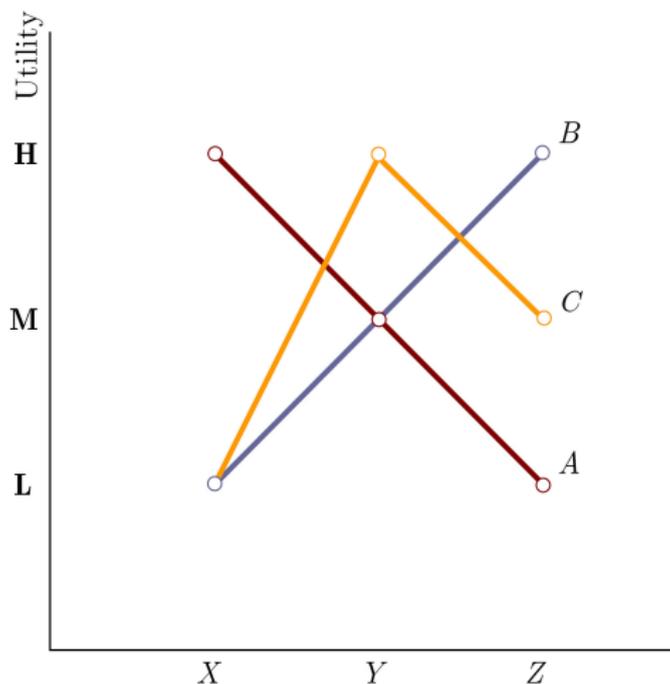
$X \# Y$: $Y \succ X$

$Y \# Z$: $Y \succ Z$

$X \# Z$: $Z \succ X$

$\Rightarrow Y \succ Z \succ X$... eindeutige und stabile Lösung

Abb.2: Eingipflige Präferenzen



Wir verändern jetzt geringfügig die Präferenzen:

Nutzen	Wähler		
	A	B	C
Hoch (H)	X	Z	Y
Mittel (M)	Y	X	Z
Niedrig (L)	Z	Y	X

- Paarweise Abstimmung:

$$X \# Y: \quad X \succ Y$$

$$X \# Z: \quad Z \succ X$$

$$Z \# Y: \quad Y \succ Z \Rightarrow \text{Mehrheitszyklus (Condorcet paradox)}$$

- Das Ergebnis hängt entscheidend von der Reihenfolge der Abstimmungen ab:

$$X \# Y: \quad X \succ Y$$

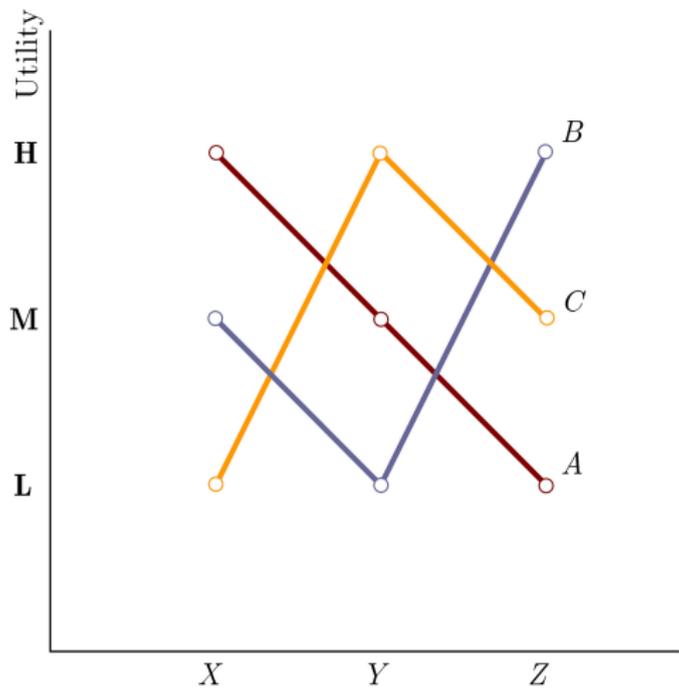
$$Y \# Z: \quad Y \succ Z$$

$$X \# Z: \quad Z \succ X \Rightarrow Z$$

$$Y \# X: \quad X \succ Y \Rightarrow X$$

→ Möglichkeit der Manipulation durch Wahl der Agenda

Abb.3: Zweigipflige Präferenzen



Beispiel für Mehrheitszyklus: Wahlparadoxon

- Die Reihenfolge der Abstimmung über mehrere Alternativen kann das Ergebnis beeinflussen
- Beispiel: Repräsentantenhaus USA, 1956, Abstimmung über Bundessubventionen von Schulen, 3 Alternativen:
 - A Bundessubventionen an alle Schulen
 - B Bundessubventionen an Staaten mit (rassisch) integrierten Schulen
 - C keine Subventionen
- Präferenzen
 - Republikaner: $C \succ B \succ A$
 - Norddemokraten: $B \succ A \succ C$
 - Süddemokraten: $A \succ C \succ B$
- Ausgangslage USA 1956: A

Beispiel für Mehrheitszyklus: Wahlparadoxon

- In USA 1956: A wurde gegenüber einer Änderung abgestimmt. Reihenfolge entscheidend:
 - 1 A versus B, B angenommen, danach B versus C, C angenommen, keine Subventionen
 - 2 A versus C, A angenommen, danach A versus B, B angenommen
- Ergebnis in den USA: 1

Einfache Mehrheitsregel

Warum wird dann bei der Parlamentsentscheidung die Mehrheitsregel oft erfolgreich eingesetzt?

Anders ausgedrückt: Warum sind parlamentarische Beschlüsse stabil?

- 1 Es existiert oft bereits ein juristischer Status Quo.
- 2 Parlamentspräsident setzt die Agenda (bereits abgelehnte Vorschläge werden nicht noch einmal vorgelegt).
- 3 Gesetzesvorlagen werden zuvor in Ausschüssen beraten und sind oft bereits Ergebnis eines Kompromisses.
- 4 Parteidisziplin

Alternativen zu der einfachen Mehrheitswahl

- **Borda-Regel (Borda voting oder scoring rule):** Bei n Alternativen gibt der einzelne Wähler seiner am meisten präferierten Alternative n Punkte, die zweitbeste Alternative erhält $n - 1$ Punkte usw. Die Alternative mit den meisten Punkten gewinnt.
- **Pluralitätswahl (plurality voting):** Nur die am meisten präferierte Alternative erhält einen Punkt, die anderen null. Die Alternative mit den meisten Punkten gewinnt.
- **Binomialregel (approval voting oder binominal rule):** Jeder Wähler nennt seine beiden präferierten Alternativen; diejenige, welche die meisten Stimme erhält, gewinnt.

Alternativen zu der einfachen Mehrheitswahl

- **Stichwahl (runoff voting):** In der ersten Runde darf jeder Wähler eine Stimme abgeben. Hat eine Option mehr als 50%, hat sie gewonnen. Ansonsten treten in der 2. Runde die beiden besten Alternativen gegeneinander an.
Beispiel: französische Präsidentschaftswahlen.

Beispiel

Eine Kommission mit 19 Mitgliedern stimmt über 4 verschiedene Ausgabenprogramme ab: W , X , Y and Z

Präferenz	Anzahl der Stimmen			
	4	4	9	2
Höchste (4)	W	X	Y	X
Hoch (3)	X	W	Z	Z
Mittel (2)	Z	Z	W	W
Niedrig (1)	Y	Y	X	Y

- Borda-Regel: $W(50) \succ Z(49) \succ Y(46) \succ X(45) \Rightarrow W$
 $[W : 50 = 4 \cdot 4 + 4 \cdot 3 + 9 \cdot 2 + 2 \cdot 2]$
- Pluralitätsregel: $Y(9) \succ X(6) \succ W(4) \succ Z(0) \Rightarrow Y$
 Beachte: Y ist die schlechteste Alternative für 10 Wähler
- Binomialregel: $Z(11) \succ X(10) \succ Y(9) \succ W(8) \Rightarrow Z$
- Stichwahl
 Stufe 1: $Y(9), X(6)$
 Stufe 2: Mehrheitsregel $X \# Y : X(10) \succ Y(9) \Rightarrow X$

→ Ergebnis hängt vom Wahlmechanismus ab

Schlussfolgerungen

- Wenn die Präferenzen eingipflig sind, erzielt die Mehrheitswahl ein eindeutiges und stabiles Ergebnis
- Hingegen ist das Ergebnis instabil, wenn die Präferenzen zwei- oder mehrgipflig sind
- Alternative Wahlmechanismen:
 - Das Wahlergebnis ist nicht eindeutig
 - Wähler haben Anreize, strategisch zu wählen
→ z.B. bei Pluralitätswahl im vorliegenden Beispiel sollten die 4 Wähler, die W bevorzugen, besser X wählen

Lösung: Logrolling

Annahme: 3 Wähler A , B und C haben die folgenden Präferenzen bzgl. der 3 Ausgabenprogramme X , Y und Z (“-” bedeutet einen Nutzenverlust):

Programm	Wähler			Gesamtnutzen
	A	B	C	
X	200	-50	-55	95
Y	-40	150	-30	80
Z	-120	-60	400	220

- Jedes Projekt hat einen positiven Gesamtnutzen, aber wird bei einer einfachen Mehrheitswahl (über jeweils einen Vorschlag) abgelehnt

Lösung: Logrolling

→ Logrolling (Kuhhandel von Stimmen):

- A stimmt zu, für Y zu wählen, wenn B zustimmt, für X zu wählen:
 A gewinnt 160 ($= 200 - 40$) und B gewinnt 100 ($= 150 - 50$)
→ Projekte X und Y werden gewählt
- Ähnliche Kuhhandel sind möglich zwischen A und C sowie zwischen B und C

⇒ Logrolling erhöht die Wohlfahrt

Logrolling

Jedoch: Wohlfahrtsimplikationen sind nicht eindeutig

Programm	Wähler			Gesamtnutzen
	A	B	C	
X	200	-110	-105	-15
Y	-40	150	-120	-10
Z	-270	-140	400	-10

- Ohne logrolling: Jedes Projekt hat einen negativen Gesamtnutzen für die Gesellschaft und keines wird gewählt
- Mit logrolling:
 - A stimmt zu, für Y zu wählen, wenn B zustimmt, für X zu wählen: A gewinnt 160 (= 200 - 40) und B gewinnt 40 (= 150 - 110)
→ Projekte X und Y werden gewählt
→ A und B (Mehrheit) profitiert auf Kosten von C (Minorität)

Logrolling

⇒ Logrolling vermindert die Wohlfahrt

Verbleibende Frage

Gibt es einen Wahl- bzw. Entscheidungsmechanismus, der eine eindeutiges, stabiles und sozial wünschenswertes Wahlergebnis garantiert, auch wenn die Präferenzen nicht eingipflig sind?

Anforderungen an einen "idealen" Wahlmechanismus

- 1 **I** (Independence of irrelevant alternatives - Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen): Das Hinzufügen einer neuen Alternative sollte nicht die relative Rangfolge der alten Alternativen ändern
- 2 **N** (Non-dictatorship - keine Diktatur): Die soziale Präferenzordnung sollte nicht von den Präferenzen eines Individuums bestimmt werden
- 3 **P** (Pareto criterion - Pareto-Prinzip): Wenn jeder einzelne Wähler A der Alternative B vorzieht, dann muss dies auch für die Gruppe gelten

Anforderungen an einen "idealen" Wahlmechanismus

- 4 **U (Unrestricted domain - unbeschränkter Definitionsbereich):**
Alle möglichen Alternativen müssen in eine Rangfolge gebracht werden können
- 5 **T (Transitivity - Transitivität):** Wenn die gesamte Gruppe den Vorschlag A der Alternative B vorzieht, und ebenso B gegenüber C , dann sollte sie auch A gegenüber C vorziehen
→ Konsistenz (z.B. nicht erfüllt bei mehrgipfligen Präferenzen)

Arrow's impossibility theorem

Theorem (Arrow, 1951)

Wenn zwischen mehr als 2 Alternativen gewählt werden muss, gibt es keinen Wahlmechanismus, der alle Bedingungen erfüllt.

Implikationen:

- Welchen kollektiven Entscheidungsprozess man auch wählt (z.B. die Borda-Regel, Pluralitätswahl etc.), man kann eine Situation konstruieren, in der eine der Anforderungen I , N , P , U oder T verletzt wird
- Arrow's Theorem legt nahe, dass wir vom Staat nicht erwarten können, dass er mit der gleichen Konsistenz und Rationalität wie ein Individuum entscheidet

Der Medianwähler als der ausschlaggebende ("pivotal") Wähler

- Wenn die Präferenzen eindimensional sind, können die Individuen nach ihren Präferenzen (bzgl. eines Steuersatzes oder eines öffentlichen Gutes) in eine Rangfolge gebracht werden
- Bei der vom Median präferierten Höhe sind genau die Hälfte für eine niedrigere und die andere Hälfte für eine höhere Menge des öffentlichen Gutes (oder Steuersatzes)

Person	A	B	C	D	E	F	G
	200	700	1,000	1,300	1,900	2,100	2,500

Der Medianwähler als der ausschlaggebende ("pivotal") Wähler

- Der **Medianwähler (median voter)** (hier D) ist derjenige Wähler, der den Median der Mengen bevorzugt
Die Mehrheitswahl resultiert in diesem Fall in der Höhe, die der Medianwähler bevorzugt: jede paarweise Abstimmung zwischen €1,300 und jeder anderen Alternative führt auf das Ergebnis €1,300

Mögliche Konsequenzen aus dem Median-Wähler-Modell (MWM)

- Zwei-Parteien-System: Parteien nehmen Position nahe der gesellschaftlichen Mitte ein (US, UK)
- Höhe der Umverteilung: Öffentliche Entscheidungen sind von den Präferenzen des Medianwählers bestimmt; somit hängt die Höhe der öffentlichen Ausgaben ab von
 - dem Steuersystem und
 - der Position des Medianwählers in der Einkommensverteilung

Besteuerung und Medianwähler

Fall 1: Pauschalsteuer (Kopfsteuer, lump-sum tax)

Jeder Wähler zahlt den gleichen Anteil an den Kosten für das öffentliche Gut, C . Damit beträgt der Kostenanteil des Medianwählers $c_m = \frac{C}{N}$

Fall 2: Proportionale Steuer mit Steuersatz t

$$c_i = tY_i \quad \forall i = 1, \dots, N \quad (1)$$

Die gesamten Kosten der Bereitstellung des öffentlichen Guts betragen

$$C = \sum c_i = \sum tY_i = t \sum Y_i \quad (2)$$

welches den folgenden Steuersatz impliziert:

$$t = \frac{C}{\sum Y_i} \quad (3)$$

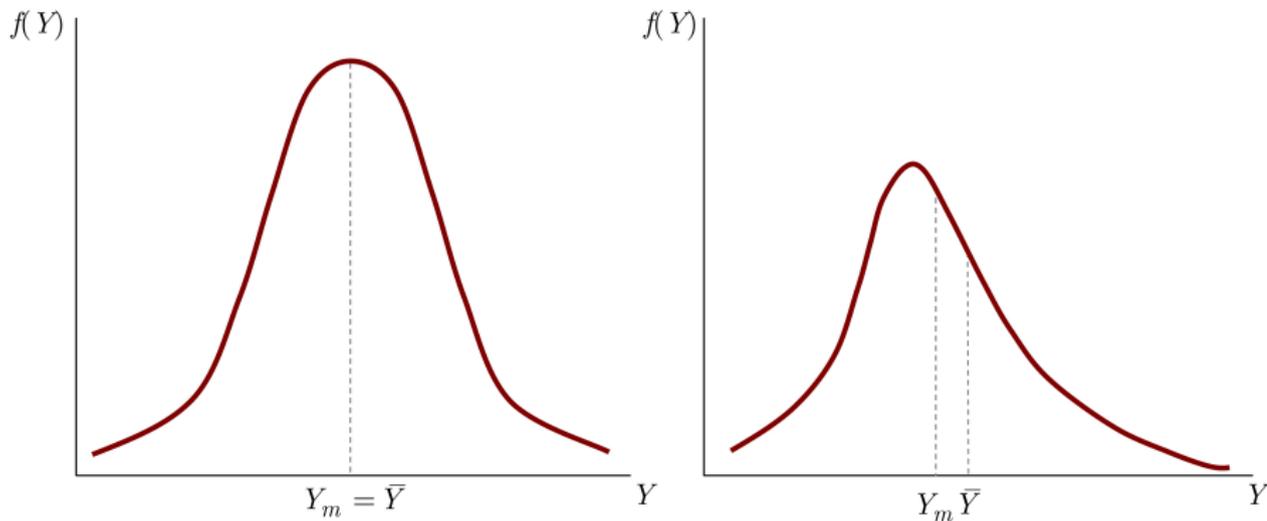
Besteuerung und MVM

Der Kostenanteil des Medianwählers beträgt mithin

$$c_m = tY_m = \frac{C}{\sum Y_i} Y_m \quad (4)$$

→ Fall 2 führt zu einer höheren Bereitstellung des öffentlichen Gutes

Abb.5: Einkommensverteilung und Medianwähler



Einkommensverteilung und MVM

Abb.5: Einkommensverteilung

- symmetrisch: $Y_m = \bar{Y}$, so dass

$$c_m = \frac{C}{\sum Y_i} Y_m = \frac{C}{\sum Y_i} \frac{\sum Y_i}{N} = \frac{C}{N}$$

- “rechts-schief” (skewed to the right) oder “links-steil”:

$$Y_m < \bar{Y} \text{ und } c_m = \frac{C}{\sum Y_i} Y_m < \frac{C}{N}$$

→ Je ungleicher die Verteilung, desto höhere die Menge an öffentlichen Gütern, die der Medianwähler präferiert!

Kritik

- In den meisten Fällen sind Politikentscheidungen nicht eindimensional
- Schwache Wahlbeteiligung
Ökonomische Theorie legt nahe, dass der 'rationale' Wähler nicht an der Wahl teilnimmt
 - Wählen ist mit Transaktionskosten verbunden (Informationskosten, Zeitopportunitätskosten)
 - Die eigene Stimme wird i.d.R. nicht das Ergebnis ändern. Damit ist der Grenznutzen der Wahlteilnahme gering.
 - Das ökon. Modell sagt voraus, dass keiner wählen geht
- Puzzle, warum Menschen trotzdem wählen (Konsumakt, damit man hinterher darüber sprechen kann?)

Akteure, die das Ergebnis des politischen Prozesses beeinflussen

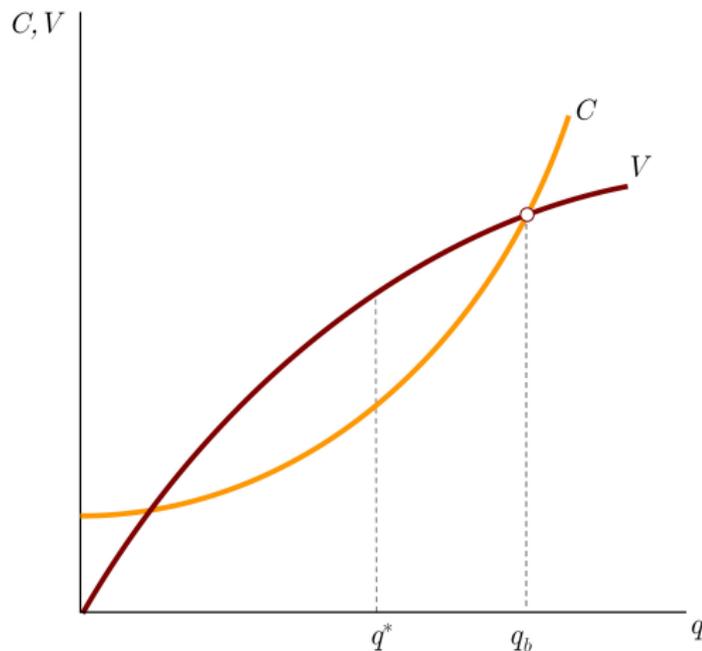
- **Politiker** sind nicht *wohlwollend*, sondern *eigennützig*; sie wollen z.B. ihr Einkommen oder ihre Macht maximieren, oder die Wahrscheinlichkeit, wiedergewählt zu werden (Downs, 1957)
- **Bürokraten** neigen dazu, ihre Macht und ihren Status zu maximieren, welches oft mit der Höhe ihres Budgets korreliert
- **Interessengruppen**: Lobbying und rent-seeking (z.B. durch Vorantreiben von Eintrittsbarrieren für geschützte Berufe)
- Andere Akteure (z.B. Gerichte, Medien, Experten)

Bürokratie: Niskanen (1971)

Grundannahmen

- Bilaterales Monopol: Die gewählten Politiker fragen Dienstleistungen von den Bürokraten (Verwaltung) nach
- Politiker sind sich des Wertes der öffentlichen Güter bewusst (z.B. in Höhe der Zahlungsbereitschaft für diese durch die Wähler)
- Asymmetrische Informationsverteilung zwischen Politikern und Bürokraten: Politiker haben lediglich Information über die totalen Kosten (Gesamtbudget) für die Bereitstellung des öffentlichen Gutes, jedoch keine Informationen über die Grenzkosten
- Bürokraten versuchen, ihr Budget zu maximieren

Abb.6: Bürokratiemodell von Niskanen



V ... Value placed on the level of
 q controlled by a politician
C ... Cost of providing a public
good

Theorie der Bürokratie

Modellergebnisse (Abb.6)

- Effiziente Produktion: $MC = MV$ im Punkt q^*
 - Politiker sind nicht bereit, dass öffentliche Gut bereitzustellen, wenn $C > V$
 - Bürokraten setzen eine Produktion bei der ineffizienten Menge q_b durch
- Gleichgewicht von Niskanen

Beachte:

- Produktion ist ineffizient, aber diese Höhe kann nichtsdestoweniger zu den niedrigsten Kosten produziert werden
- Wenn die Bereitstellung (Produktion) durch die Bürokratie auch ineffizient ist, sprechen wir von *X-Ineffizienz* (*X-inefficiency*)

Diskussion

Was passiert in der Realität?

- Bürokraten versuchen, die Produktionskosten zu erhöhen (z.B. durch höhere Löhne): X -Ineffizienz
- Asymmetrische Information: Politiker haben Anreiz, Informationen über die Grenzkosten zu erhalten
- Konkurrenz unter den Bürokraten führt tendenziell zu niedrigeren Kosten
- Interessenkonflikte zwischen Politikern und Bürokraten können verwischen, wenn Bürokraten selber ein politisches Amt anstreben/innehaben

Interessengruppen: Bildung und Stabilität

Interessengruppen (IGs) können sich in vielen Bereichen und unter verschiedenen Motiven bilden

z.B. zur Einkommenserzielung (Arbeitnehmer in Gewerkschaften, Firmen in Industrievereinen); Ideologie; Geographisch; Demographisch; Persönliche Merkmale (z.B. Geschlecht, Religion)

Theorie der IGs (Olson, 1965; Becker, 1983):

IG sind tendenziell stabiler wenn ...

- sie eher weniger als viele Mitglieder haben
- sie ein privates statt eines öffentlichen Gutes bereitstellen (kein free-rider Problem)
- die Mitglieder homogen und nicht heterogen sind (minimiert die Wahrscheinlichkeit von Konflikten)
- die Kosten der Organisation/Koordination niedrig sind
- der potentielle Vorteil der Mitglieder groß und relativ sicher ist

Interessengruppen: Bildung und Stabilität

- IGs sind um so erfolgreicher, je
 - stärker sie Pareto-verbessernde Politiken verfolgen und
 - je schwächer die Opposition ist
- Trade-off zwischen Erfolg und Stabilität
Z.B. sind große Gruppe (z.B. die der Konsumenten) oft erfolgreich, jedoch können sie instabil sein

Erfolg im Rent-seeking

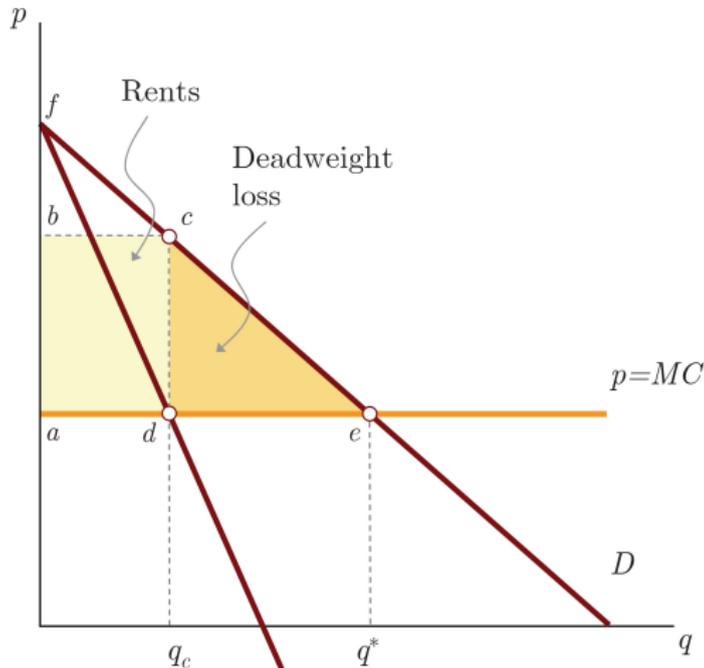
Rent-seeking

Verhalten ökonomischer Akteure, das darauf zielt, staatliche Eingriffe in die marktvermittelte Ressourcenallokation herbeizuführen, um sich hierdurch künstlich geschaffene Renteneinkommen aneignen zu können

Beispiel:

Produktionsbeschränkungen, die zu einer Preiserhöhung führen (Abb.7)

Abb.7: Rent-seeking mit Hilfe von Produktionsbeschränkungen



Rent-seeking

Abb.7:

- Konkurrenzgleichgewicht: q^*
- Absprachen (im Kartel): Menge q_c , bei der gilt $p_c > p^*$
- Bei der Menge q_c hat jede Produzent einen Anreiz, die Absprache zu brechen und mehr zu produzieren
- Produzenten versuchen, den Staat zu bewegen, das Kartell zu etablieren (z.B. durch Lizenzen oder Quoten)
- q_c wird vom Staat durchgesetzt (durch Gesetzgebung)

Rent-seeking: Ergebnisse (Abb. 7)

- Verlust an Konsumentenrente: $abce = fae - fbc = abcd + dce$
 $abcd$: geht an den Produzenten in Form von Renten
 dce : Wohlfahrtsverlust (deadweight loss)
 - Die Rente $abcd$ ist das Maximum, dass die Firmen bereit sind zu zahlen, um die Marktmacht aufrecht zu erhalten (in Form von Zeit, Bezahlen von Lobbyisten, Werbekampagnen, Bestechung etc.)
 - Jedoch: ist $abcd$ im Vergleich zum Monopol nicht einfach ein Einkommenstransfer von den Konsumenten an die Produzenten, denn – zumindestens zu einem gewissen Maß – ist dies auch ein Verlust an Ressourcen (z.B. wird der Faktor qualifizierte Arbeit für Lobbying-Tätigkeiten "verschwendet")
- Potentieller Wohlfahrtsverlust beträgt damit
 $abcd + dce = abce$

Diskussion

Warum untersagt man nicht rent-seeking?

- IGs (Minorität) sind besser organisiert und informiert als die Konsumenten (Majorität), z.B. in der Gesundheitsversorgung oder in der Finanzindustrie
- "The majority is exploited by the minority" (Olson, 1982)

Warum sind die Produzenten besser organisiert als die Konsumenten?

- Die Wohlfahrtskosten des rent-seeking werden auf die gesamte Bevölkerung verteilt und damit ist es für den einzelnen wenig lohnenswert, dagegen vorzugehen
- Die Vorteile des rent-seeking konzentrieren sich auf eine kleine Gruppe, für die es sich lohnt, IGs zu organisieren

Literatur

Literatur

- Rosen, Gayer, 2009, Public Finance, 8th ed., Chapter 8

Aufgaben

Aufgaben

- 1 Lindahl-Preise: Untertreibung der wahren Präferenzen
Der Staat befragt in einer 2-Personen-Wirtschaft, ob ein öffentliches Gut (feste Menge in Höhe einer Einheit) bereit gestellt werden soll. Die Kosten betragen 1 Einheit, der Nutzen sei für beide Personen gleich 1. Damit ist der soziale Grenznutzen 2 höher als die Grenzkosten 1. Jede Person wird nun befragt, ob sie sich bei den Kosten $r_i \in \{0, 1\}$, $i = 1, 2$ mit beteiligen wird. Das Spiel ist in der folgenden Auszahlungsmatrix zusammengefasst.

Aufgaben

Person 1 ↓	2 → $r_2 = 0$	$r_2 = 1$
$r_1 = 0$	0	0
$r_1 = 1$	1	0.5
	0	0.5

Wie entscheiden sich die Personen? Leiten Sie das Nash-Gleichgewicht ab.

Aufgaben

2 Übertreibung der wahren Präferenzen

Der Staat befragt in einer 2-Personen-Wirtschaft, ob ein öffentliches Gut (feste Menge in Höhe einer Einheit) bereit gestellt werden soll. Die Kosten betragen 1 Einheit, die, falls das Gut bereit gestellt wird, gleichmässig auf die Personen verteilt werden. Der Nutzen sei für die erste Person gleich 0, für die zweite Person gleich $\frac{3}{4}$. Damit ist der soziale Grenznutzen 0.75 kleiner als die Grenzkosten 1. Jede Person wird nun befragt, wie viel ihr das Gut nützt. Das Spiel ist in der folgenden Auszahlungsmatrix zusammengefasst. Wie entscheiden sich die Personen? Leiten Sie das Nash-Gleichgewicht ab.

Aufgaben

$r_1 \downarrow$	$r_2 \rightarrow$		
	0	$\frac{3}{4}$	1
0	0	0	0.25
$\frac{3}{4}$	0	0.25	0.25
1	0.25	0.25	0.25
	-0.5	-0.5	-0.5